

## Erdölabbau in Guatemala: Fortschritt versus Naturschutz

Am 25. November 1999 nützten AktivistInnen der guatemaltekischen Umweltschutzorganisation *Madre Selva* einen internationalen Kongress von Umweltorganisationen in Guatemala-Stadt, um mit grosser Medienpräsenz eine offizielle Anklage gegen den Erdölabbau im Nationalpark Biosfera Maya einzubringen. *Madre Selva* wurde 1996 gegründet, um im Naturpark Rio Dulce eine Baummonokultur zu verhindern, was ihnen mittels starker Präsenz in den Medien auch gelang. Der folgende Artikel wurde von Christian Steinreiber, Mitglied der Guatemala-Initiative Wien und Graz, geschrieben.

### Nationalpark: Biosfera Maya

Petén ist nicht nur die nördlichste und größte Provinz Guatemalas, sondern besitzt durch die geringe Besiedelung auch die grössten Flächen an unberührtem Regenwald, der auch als zweite Lunge für Amerika nach dem Amazonasgebiet genannt wird. Ein Teil dieses Gebiet voll Pflanzen- und Tierreichtum wurde 1990 von der guatemaltekischen Regierung zum Nationalpark "Reserva Biosfera Maya" (RBM) erklärt, damit diese 25.000 km<sup>2</sup> auch der nächsten Generation zur Verfügung stehen.

Innerhalb des Nationalparks gibt es vier Naturparks und drei Biotop, die nur im geringstmöglichen Ausmass genützt werden sollen. Nur ForscherInnen und teilweise TouristInnen dürfen sich dort aufhalten. Der grösste Teil aber wird als "Gebiet für verschiedenste Zwecke" bezeichnet. In diesen Zonen darf nur auf nachhaltige Weise - Aufforstungsprogramme, Kautschukproduktion etc. - gewirtschaftet werden.

### Biotop: Laguna del Tigre

Eine der Kernzonen ist das Biotop "Laguna del Tigre" mit über tausend tropischen Seen und dutzenden Flüssen, umgeben vom viel größeren Naturpark gleichen Namens. Fast das ganze Jahr über steht das Biotop unter Wasser, eine Tatsache, die es sehr anfällig für Umweltverschmutzungen in der Umgebung macht. 1993 wurde dieses Biotop in das RAMSAR Montreux-Register aufgenommen, in dem weltweit alle bedrohten Feuchtgebiete aufgelistet sind. Dieses Abkommen garantiert diesen Gebieten internationale Gelder für Überwachung, Erhaltung und Forschung.

Acht Jahre vor dieser internationalen Anerkennung vergab 1985 die guatemaltekische Regierung, genauer gesagt das Ministerium für Energie und Bergbau, der damals französischen und heute US-amerikanischen *Basic Resources* eine Lizenz zum Erdölabbau in genau jenem Biotop "Laguna del Tigre". Der staatlichen Umweltschutzkommission (CONAMA) wurde ein Umweltgutachten vorgelegt, aber nur um einen Kredit der Weltbank zu bekommen. Mit ca. 10.000 ha stellt dieses Gebiet ca. 8 % der Fläche des Biotops und nur 2 % des Naturparks dar. Da erst 1990 die Biosfera Maya geschaffen wurde und solche Abbaulizenzen 20 Jahre lang gültig sind, konnte der Erdölabbau in dieser Kernzone nicht verhindert werden,

auch wenn sie den Massstäben des Nationalparks nicht entsprach. Zur Zeit gibt es 23 Bohrtürme, der Grossteil dieses Erdöls schlechter Qualität wird in einer Pipeline an die Karibikküste transportiert, um dann in den USA raffiniert zu werden. Nur ein Teil bleibt im Land und wird vor allem als Asphalt verwendet.

Verschärft hat sich die Situation dann 1992, als die Regierung die Lizenz von *Basic Resources* auf fast 200.000 ha ausweitete, darin enthalten das ganze Biotop und mehr als die Hälfte des Naturparks. Das alles, obwohl das Gebiet international geschützt ist. Zwar wurde ein Umweltgutachten erstellt, das wiederum von der Umweltschutzkommission genehmigt wurde. Doch der inzwischen eingeführte Nationalrat für geschützte Gebiete (CONAP), verantwortlich für alle Nationalparks, lehnte dieses ab. Der Erdölkonzern gab sich jedoch nicht geschlagen, legte dagegen Einspruch ein, so dass das Landwirtschaftsministerium als letzte Instanz das ganze Vorhaben dann doch genehmigte. Die Finanzmittel für den Abbau erhielt die *Basic Resources* vor allem von der Weltbank, die den Ausbau der Pipeline finanzierte.

Ein inzwischen von der RAMSAR-Kommission vorgelegtes Gutachten kommt zu dem Schluss, daß sich der Abbau nur auf das anfangs kleine Gebiet beschränken sollte.

### Die Umweltauswirkungen sind leicht ersichtlich

Bei der Erdölförderung kommen auch immer Mengen an mit Öl verschmutztem Wasser zutage. Dieses wird in "wasserdichte" Becken geleitet, in der mit der Zeit das Öl verbrannt wird. Vor allem in einem Feuchtgebiet kann das alles nie wirklich "sauber" passieren, immer wieder gelangt verschmutztes Wasser in den Boden und damit ins Oberflächen- und Grundwasser. Die Auswirkungen kennen wir alle von den zahlreichen Tankschiffunfällen oder vom Golfkrieg. Bei einem Unfall kann damit leicht die ganze Tier- und Pflanzenwelt im Biotop gefährdet werden, ganz abgesehen von der Gefahr für den Menschen, wenn das Öl in die Nahrungskette kommt.

Nach anfänglichen Plänen sollte die neue Pipeline entlang des schon existierenden Weges ins Biotop gebaut werden. Da dies einen ziemlichen Umweg bedeutet hätte,

wurde stattdessen die direkte Linie gewählt und zusätzlich ein neuer 10 Meter breiter Weg an der Pipeline entlang gebaut. Dies brachte eine unkontrollierte Besiedlung dieses so sensiblen Ökosystems mit sich, zumindest 29 neue Dörfer und über 5.000 Menschen haben sich dort angesiedelt. Da sich der Großteil des Landes in Guatemala in Händen weniger Menschen befindet (2 % besitzen mehr als 67 % des Landes), ist Land Mangelware für den Großteil der Bevölkerung. Vor 30-40 Jahren war der Petén noch fast unbesiedelt, heute leben dort schon ca. 300.000 Menschen. Genau um diese Tendenz zu bekämpfen wurde der Nationalpark geschaffen, durch die sehr fragwürdige Politik der Regierung wird sie stattdessen nur gefördert. Unkontrollierte Abholzung und damit verbundene Erosion stellen eine grosse Gefahr für das Ökosystem Petén dar.

Das Biotop Laguna del Tigre ist nur ein Beispiel, wie in Guatemala mit den wertvollsten Naturreserven umgegangen wird. Dabei fördert die Erdölproduktion keineswegs den Wohlstand der Bevölkerung, sondern nur die Gewinne der multinationalen Konzerne und füllt die Geldtaschen korrupter Politiker. Vor allem im Petén gibt es durch Tourismus, "sanfter" Abholzung (mit gleichzeitiger Aufforstung) etc. genügend andere Alternativen, die der Bevölkerung Einkünfte und Sicherheit für die Zukunft garantieren. Seit 1980, mit Beginn des Erdölabbaus in Guatemala, waren die durchschnittlichen staatlichen Einnahmen mit ca. 40 Millionen Schilling sehr gering (im Vergleich dazu die Abholzungslizenzen bringen fast 100 Millionen OES), die Auswirkungen für die Umwelt dafür bedenklich gross. Nicht in allen Abbaugebieten (z.B. Ixcán, Alta Verapaz, anderen

Zonen der Biosfera Maya) handelt es sich dabei um ein Naturschutzgebiet, doch auch dort sind die Konsequenzen für Umwelt und Bevölkerung sehr bedenklich. So werden die EinwohnerInnen nicht von den wirklichen Auswirkungen informiert und meistens mit kleinen Geschenken und leeren Versprechungen "gekauft".

In den letzten Jahren haben sich aber eine Reihe von Umweltschutzorganisationen gegründet, um sich der Ausbeutung der multinationalen Konzerne entgegenzustellen. Das kann auch gefährlich sein, in einem Land, in dem selbst in Menschenrechtsfragen weitgehend Straffreiheit besteht, noch mehr natürlich in Umweltfragen. Guatemala ist noch weit weg vom Grundsatz, der in Österreich schon längst besteht: Die Schäden bezahlt der Verursacher. In Guatemala wie in den meisten 3. Welt-Ländern heisst es aber meistens: Es zahlt die Bevölkerung, die Verursacher haben die Gewinne.

Wer mehr über das Biotop Laguna del Tigre wissen möchte:

<[www.conservation.org/rap/exped/tigre/laguna.htm](http://www.conservation.org/rap/exped/tigre/laguna.htm)>

## Umweltschutzorganisation Madre Selva: Das Gesetz wird mit Füßen getreten

Die folgende Presseerklärung der Umweltorganisation *Madre Selva* ist am 14. Januar in der Tageszeitung *Prensa Libre* erschienen:

Seit Februar 1993 arbeitet die *Basic Company* illegal im Gebiet des Nationalparks Laguna de Tigre und verletzt damit die guatemaltekische Gesetzgebung. Hier einige Beispiele:

Im Artikel 44 der guatemaltekischen Verfassung heisst es:

"Das soziale Interesse geht über das persönliche Interesse". Der Naturpark Laguna de Tigre ist der grösste Nationalpark Guatemalas, er ist das grösste Feuchtigkeitsgebiet Zentralamerikas und ist nebst dem Amazonas das zweitgrösste Feuchtigkeitsgebiet der Erde. Wie ist es nun möglich, dass die guatemaltekische Regierung der *Basic Company* 55% dieses Parkes übergibt, deren Aktivitäten dem Land selber überhaupt nichts bringen. Welches Recht geht da vor, das soziale oder das persönliche?

Der Artikel 64 bezieht sich auf die Naturschätze und bezeichnet es von nationalem Interesse, diese zu konservieren und zu schützen. Es heisst weiter, dass der "Staat die Schaffung von Nationalparks, Schutzgebieten und Refugien fördert und diese nicht veräussern kann". Veräussern bedeutet überschreiben, die Rechte über et-

was abgeben. Wie ist es nun möglich, dass der *Basic Company* 55% des Parkes veräussert werden, nachdem im Jahre 1990 per Dekret die Laguna de Tigre als Kernzone des Schutzgebietes *Biosfera Maya* anerkannt wurde?

Im selben Dekret heisst es, vorrangiges Ziel sei "der Schutz der Umwelt". Nirgedwo heisst es, dass der Erdölabbau in der Kernzone erlaubt ist. Und trotzdem ist die *Basic Company* in der Kernzone aktiv.

Weiter heisst es im Artikel 18 des Gesetzes über Naturschutzgebiete, dass über "sämtliche Tätigkeiten innerhalb der Kernzone ein Vertrag abgeschlossen wird, der den Schutz der Umwelt und die Verantwortung der Ölkompagnien festlegt". Die *Basic Company* hat sich geweigert, diesen Vertrag einzuhalten und hält sich illegal im Nationalpark auf.

Dazu kommt, dass durch die Aktivitäten der *Basic* auch die Zuwanderung von Campesinos gefördert wird. Als die *Basic Company* ihre Arbeit in diesem Gebiet begonnen hatte, lebten zwei Familien dort. Heute stehen 29 Siedlungen entlang der Strassen, die vom Konzern gebaut wurden.

Die *Basic Company* ist verantwortlich für die Zerstörung der Laguna de Tigre, sie tritt das guatemaltekische Recht mit Füßen, nur damit sie das Öl unseres Landes plündern kann. Es ist der Moment gekommen, wo wir sagen ¡basta!

## ¡Fijáte!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Birmensdorferstr. 116**  
**8003 Zürich**  
**Tel. 01/ 462 98 75**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehn  
tätig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe  
erwünscht.**

## Nachrichtenmagazin *T-mas de Noche* abgesetzt

**Guatemala, 8. Februar.** Die Absetzung des Fernsehmagazins *T-mas de Noche* (Themen der Nacht) hat sowohl in JournalistInnenkreisen wie auch im Kongress und bei der Bevölkerung breiten Protest hervorgerufen. Der Produzent und Moderator der Sendung, José Eduardo Zarco, bekannt für seinen unabhängigen Journalismus, erklärte in einer Pressekonferenz, die Schliessung seiner Sendung habe politische Gründe. Er schliesst nicht aus, dass der Besitzer des *Canal 13*, der mexikanische Unternehmer Angel González, auf Veranlassung des guatemaltekischen Präsidenten Portillo gehandelt hat. González habe ihn vor einer Woche angerufen und ihm geraten, er solle einen etwas moderateren Ton anschlagen, denn der Präsident sei verärgert. Auch der Minister für Kommunikation, Luis Rabbé, wird verdächtigt, Einfluss auf die Schliessung des Programmes genommen zu haben.

Der Sprecher des *Canal 13*, Juan Enrique Ortiz, meinte gegenüber der Presse, die Absetzung des Programmes *T-mas de Noche* habe einzig ökonomische Gründe. Das Programm habe niedrige Einschaltquoten aufgewiesen und ausserdem zu wenig Werbung eingebracht. Es sei eine reine Sendezeit- und Geldverschwendung gewesen.

Daraufhin veröffentlichte Zarco eine Presseerklärung, in der er den Aussagen Ortiz' widersprach: Das einzige, was *Canal 13* mache, sei das Programm auszustrahlen, die ganzen Produktionskosten übernehme Zarcos eigene Firma, die *Z-Comunicaciones*. Ausserdem sei es die Sendung mit der höchsten Einschaltquote des Kanals.

Nachdem er diese Aussagen gemacht hatte, reiste Zarco nach El Salvador ab. Diese Reise unternähme er aus

rein familiären Gründen, sie habe nichts mit den Morddrohungen zu tun, die er und seine Angehörigen in den letzten Tagen erhalten habe, erklärte er.

Die JournalistInnenkammer Guatemalas (CGP) veröffentlichte ein Inserat, in welchem sie bedauert, dass nur zwanzig Tage nach Einsetzung der neuen Regierung die Sendung *T-mas de Noche* eingestellt wurde. Die CGP protestiere gegen die Strömung, die den Medien ihre soziale Funktion absprechen wolle.

Der Präsident der guatemaltekischen Bischofskonferenz (CEG), Bischof Víctor Hugo Martínez, äusserte sich besorgt über die Schliessung des Programms. Man dürfe eine Sendung nicht absetzen, nur weil sie Personen zu Wort kommen lasse, die verschiedene Positionen vertreten. Dies verstosse gegen die Pressefreiheit, deshalb müsse die Massnahme rückgängig gemacht werden, meinte Martínez.

Im Zusammenhang mit der Schliessung des Programmes von Zarco, sprachen sich die Kongressabgeordneten Vinicio Cerezo (Christdemokraten) und Héctor Cifuentes (PAN) gegen das Medienmonopol aus. Monopole jeglicher Art verstosse gegen die Verfassung, meinte Cifuentes. Ausserdem habe die Bevölkerung ein Recht darauf, aus verschiedenen Perspektiven informiert zu werden und nicht nur aus einer einzelnen. (Dies betonte übrigens auch Präsident Portillo an seiner Antrittsrede.) Sowohl Cerezo wie auch Cifuentes forderten eine Untersuchung über die Gründe und Vorgehensweise bei der Absetzung des Programmes.

Der Menschenrechtsprokurator, Julio Arango Escobar, eröffnete denn auch sofort eine Untersuchung.

Einzig der Präsident des Kongresses, Efraín Ríos Montt, legte die Hand

für Portillo ins Feuer: Er sei 99% davon überzeugt, dass der Präsident nichts mit der Absetzung der Fernsehsendung zu tun habe. Es sei einzig ein mieser Schachzug, um Portillo in schlechtes Licht zu bringen, meinte Ríos Montt.

Um dieses eine Prozent möglicher Verwicklung in die Geschichte aus dem Weg zu räumen, traf sich Portillo am 7. Februar mit dem Besitzer des *Canal 13*, um ihn zu einer Widerrufung seines Entschlusses zu bewegen. Falls dieser nicht einwillige, offeriere er Zarco, sein Programm im Regierungssender, dem *Canal 5*, auszustrahlen, und zwar gratis und zur Stunde, die Zarco wähle.

Zarco lehnte dieses Angebot ab mit der Begründung, der Präsident begehe das Delikt des 'Übergehen einer Anklage' und wolle damit verhindern, dass eine Untersuchung stattfinde.

## Ende des EMP

**Guatemala, 9. Februar.** Das präsidentiale *Sekretariat für administrative Angelegenheiten* hat offiziell seine Arbeit aufgenommen, womit die Auflösung des Generalstabs des Präsidenten (EMP) definitiv begonnen hat. Das neue Sekretariat wird vom Ex-Guerillero Ricardo Marroquín Rosada geleitet, der zwischen 1979 und 1985 in den *Fuerzas Armadas Revolucionarias* (FAR) gekämpft und sich dann von der Guerillaorganisation losgesagt hatte. Die letzten fünfzehn Jahre verbrachte Marroquín Rosada im Exil in Mexiko.

In einem Interview in der Tageszeitung *Siglo XX* erklärte er, was die Aufgaben des neuen Sekretariates sind. Laut Marroquín wird der erste Schritt die Bildung einer Arbeitsgruppe sein, zusammengestellt aus nationalen und internationalen BeraterInnen, die ein Projekt ausarbeiten soll. Die Aufgaben des Sekretariats sind die logistische Unterstützung des Präsidenten und die Garantie seiner physischen Sicherheit. Diese soll der Verantwortung einer Sicherheitsgruppe übergeben werden, die von Spezialisten aus den USA, Israel und Spanien ausgebildet wird. Was diese Leibwächter betrifft, sollen das Personen sein, die nicht aus den militärischen Strukturen kommen.

Dies ist laut Marroquín ein ganz wichtiger Punkt: Das Sekretariat für administrative Angelegenheiten des Präsidenten solle nicht eine politische Polizei sein, wie das beim EMP der Fall gewesen sei, sondern der persönliche Sicherheitsapparat des Präsidenten.

## BäuerInnen besetzen *Basic Company*

**Guatemala, 14. Februar.** Rund 500 BäuerInnen aus verschiedenen Gemeinden des Petén haben das Gelände der *Basic Company* in La Libertad besetzt. Die BesetzerInnen verlangen von der *Basic Company* unter anderem zehn Millionen Baumsetzlinge zur Wiederaufforstung des von ihr zerstörten Waldes.

Das Gelände der *Basic* wurde am 13. Februar besetzt, nachdem ein Zusammentreffen mit den Verantwortlichen des Unternehmens gescheitert ist. Sie schafften es, die Hauptleitung der Pipeline auszuschalten, so dass der Öltransport unterbrochen wurde.

Es wird damit gerechnet, dass sich bis zu 25'000 Personen aus den umliegenden Gemeinden der Besetzung anschliessen, falls die *Basic* nicht zu Verhandlungen bereit ist. Präsident Portillo wird aufgefordert, sein Wahlversprechen einzulösen, die Forderungen der Bevölkerung ernst zu nehmen und gegen die *Basic* zu intervenieren.

Am 9. Februar informierte der Vize-Landwirtschaftsminister, Baudilio Hichos, dass die Erdölabbaubewilligung der *Basic Company* überprüft werde, da es 'Unregelmässigkeiten' bei der Vergabe dieser Bewilligung gegeben habe.

## Frauen besetzen mehr als 200 Richterinnenposten

**Guatemala, 31. Januar.** "Sie sind weniger korrupt"; "sie können mehr als viele Männer", solche Argumente werden (vor allem von Männern) angeführt, wenn es darum geht zu erklären, weshalb die guatemaltekische Justiz immer mehr in die Hände der Frauen kommt.

Es scheint, dass die Frauen ein grosses Interesse daran haben, die Justiz im Lande zu verwalten. Bei den Straf- und Friedensgerichten, ebenso wie bei den Appellationsgerichten, hat die Anzahl der Richterinnen mit über 200 (im Vergleich zu 164 im letzten Jahr), beachtlich zugenommen. Einzig im Obersten Gerichtshof (CSJ) haben die Frauen bisher noch nicht Einzug genommen: Innerhalb der letzten zehn Jahre waren nie

mehr als zwei Frauen in diesem Gericht vertreten.

Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, José Rolando Quezada, spricht den Frauen "vorbildlichen Einsatz und viel Erfahrung" zu. Ausserdem seien Frauen weniger korrupt als Männer. Dies beweise der Umstand, dass sämtliche Anzeigen diesbezüglich ausschliesslich Männer betrafen, meinte Quezada.

„Heikle“ Fälle, wie z.B. die Aufklärung von politischen Morden, der Gefängnisausbruch von elf Schwerverbrechern oder politisch verwickelte Entführungsfälle werden jedoch immer noch als zu „kompliziert“ beurteilt, als dass sie Frauen übergeben werden könnten.

Für die zweite Richterin des Strafgerichts, dem der Fall Gerardi unterstellt ist, Flor de María García Villatoro - eine der wenigen Frauen, die es auf einen höheren Richterinnenposten geschafft haben - scheint die Eignung zur Richterin nichts mit ihrem Frausein zu tun zu haben. Zu diesem Umstand befragt, meinte sie, das Wichtigste sei es, die Verantwortung zu erfüllen und die Gesetze einzuhalten.

Auch in der Berufsvereinigung der JustizbeamtenInnen und RichterInnen (AJMOJ) sind die Frauen vertreten. In den Vorbereitungskursen für RichterInnen sind 90% der AspirantInnen Frauen, welchen auch mit den besten Noten abschliessen.

## Guatemaltekische Frauen haben weniger Kinder

**Guatemala, 4. Februar.** Im Verlauf der letzten drei Jahre hat die durchschnittliche Anzahl der Kinder bei guatemaltekischen Frauen von 7,5 auf 5 pro Frau abgenommen.

ExpertInnen in Sachen Bevölkerungspolitik glauben, dass der Kinderrückgang auf die breit angelegten Radiokampagnen zurückzuführen sind und dass die Werbung für Verhütungsmittel und Präservative einen beträchtlichen Einfluss hatte. Andere wiederum meinen, es habe mit der Armut zu tun, viele Fa-

milien könnten es sich definitiv nicht mehr leisten, viele Kinder grosszuziehen.

Eine kürzlich durchgeführte *Nationale Studie über die Gesundheit von Mutter und Kind* kam zum Schluss, dass der Bevölkerungsrückgang eindeutig mit vermehrter Familienplanung zu tun hat. Der Gebrauch von Verhütungsmitteln bei Frauen, die in einer Partnerschaft leben, hat seit 1995 von 31% auf 38% zugenommen, besagt die Studie. Die Umfrage, die bei rund 6000 Frauen gemacht wurde, belegt weiter, dass viele Frauen

gesundheitliche Probleme durch die vielen Schwangerschaften hatten und auch deshalb die Kinderzahl senken wollten. Dies hat sie dazu veranlasst, vermehrt Verhütungsmittel zu gebrauchen oder sich sterilisieren zu lassen, kommt die Untersuchung zum Schluss.

Das meistgebrauchte Verhütungsmittel bei guatemaltekischen Frauen ist gemäss der Studie die Pille oder die Dreimonatsspritze. Junge, unverheiratete Frauen machen ausserdem vermehrten Gebrauch von Kondomen.

## Erneute Diskussion um das Kinderschutzgesetz

**Guatemala, 7. Februar.** Nach einem Treffen mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, José Quezada, gab der Kongresspräsident, Efraín Ríos Montt, bekannt, die Inkraftsetzung des Kinderschutzgesetzes werde bis auf weiteres hinausgeschoben. Er begründet den Entscheid damit, dass der Gerichtshof nicht über die nötigen Mittel verfüge, um das Gesetz einzuführen und zu überwachen. Laut Quezada bräuchte es nämlich rund 105 Millionen US-\$ und die Schaffung von 700 neuen Gerichten, um das Gesetz umzusetzen.

Die Idee sei, dass der Staat die Mittel zur Verfügung stelle und es die Aufgabe der Kirche sei, die "Jungen, Witwen, Waisen und Strassenkinder zu erziehen und wieder auf den rechten Weg zu bringen". Wenn nötig, könne ja ein Familieninstitut gegründet werden, meinte Ríos Montt.

Diese Entscheidung kommt natürlich all jenen entgegen, die mit dem Inhalt des Kinderschutzgesetzes sowieso nicht einverstanden waren und es als 'familienfeindlich' kritisierten.

Während die guatemaltekische *Liga Pro Familia* den Entscheid begrüsst, sprach sich die *Allianz Neue Nation* (ANN), namentlich die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro, Mitglied der Kommission für Frauen, Jugendliche und Familien, dagegen aus. Sie sei zwar damit einverstanden, dass die Inkraftsetzung des Gesetzes verschoben wird, fordert aber, dass das von den Kirchen und den Kinderschutzorganisationen vorgeschlagene alternative Projekt übernommen wird.

Laut Carolina Castro, Direktorin der Kinderschutzorganisation *Pro Niño y Niña Centroamericanos* (PRONICE) ist im Gesetz die Schaffung von neuen Gerichten nicht vorgesehen. Ausserdem seien auch die Kosten viel niedriger: Es bräuchte jährlich etwa 50 Millionen Quetzales, wovon rund 15 Millionen bereits im Budget des Staates vorgesehen seien. Weiter rechnet Castro vor, dass bei Inkrafttreten des Gesetzes der Staat jährlich 9,61 Q pro Kind bezahlen müsste. Dies bei einer Anzahl von 5'200'000 Kindern, was mehr als die Hälfte der guate-

maltekischen Bevölkerung ausmacht.

Der Grund, weshalb die Mehrheit im Kongress gegen die Inkrafttreten des Gesetzes ist, liegt laut dem Abgeordneten Leonel Soto vielmehr daran, dass der Staat zu viel Einfluss auf die Familien nehmen könnte und nicht so sehr am Ökonomischen, wie es ursprünglich hiess. Im von Ríos Montt vorgeschlagenen Familieninstitut spielen die Kirchen eine viel grössere Rolle.

Die internationale Kinderschutzkonvention wurde von Guatemala bereits 1996 verabschiedet, das daraufhin ausgearbeitete Gesetz jedoch wegen endlosen inhaltlichen Diskussion 1998 suspendiert. Bereits in diesen Diskussionen ging es vornehmlich um die Rolle des Staates und der Kirchen und ihren Einfluss auf die Erziehung und die Familie. Die Kirchen und Kinderschutzorganisationen einigten sich im September 1999 auf ein neues Projekt und legten dies dem Kongress zur Annahme vor. Auch Präsident Portillo stellt sich hinter den gemeinsamen Vorschlag von Kirchen und Kinderschutzorganisationen.

## Gehaltserhöhungen für die einen, Entlassungen für die andern

**Guatemala, 11. Februar.** Die Nachricht von der Gehaltserhöhung bei Staatsangestellten um 200 Quetzales (siehe Fijate 203) löste bei vielen Leuten die Frage aus, woher denn der Staat die Ressourcen nimmt, um diese Erhöhungen zu finanzieren.

Die Antwort darauf findet, wer die kleinen Nachrichten über Entlassungen beim Staatspersonal liest: Das Sekretariat für strategische Analyse (SAE) z.B. hat ihm Rahmen seiner Umstrukturierung 86 MitarbeiterInnen entlassen. Obwohl der neue Leiter des Sekretariats, Edgar Gutiérrez, sagte, die Entlassungen hätten einzig mit der Umstrukturierung der Institution zu tun, sehen einige der Entlassenen ganz klar politische Hintergründe.

Auch bei den staatlichen Ombudsstellen wird 10% eingespart, d.h. 107 der insgesamt 275 Angestellten dieser Institution werden entlassen. In Quetzaltenango, Petén, Alta- und Baja Verapaz, Suchitupéquez und Zacapa werden die Büros der Ombudsstellen geschlossen.

Weiter erhielten 104 Angestellte des Kongresses, 37 Personen des Friedensfonds und die 22 regionalen ErziehungsdirektorInnen die Kündigung. Der Kongressabgeordnete der PAN, Carlos Valle, spricht von insgesamt 20'000 entlassenen staatlichen Angestellten.

Aber auch die Diskussion um die Gehaltserhöhung im privaten Sektor geht weiter, nachdem am 2. Februar die Debatte im Kongress zu diesem Thema begonnen hat.

Während sich auf der einen Seite

die Gewerkschaften für eine Gehaltserhöhung aussprechen, gibt auf der andern der *Dachverband der UnternehmerInnen* (CACIF) bekannt, dies sei kein Thema, das von der Exekutive diskutiert werden müsse, sondern es ginge einzig die UnternehmerInnen und die ArbeiterInnen etwas an, meinte César Estrada, Präsident der Handelskammer. Sie seien bereit, eine Gehaltserhöhung auszuführen, würden das jedoch freiwillig machen und sich von der Regierung nicht unter Druck setzen lassen. Der CACIF schlägt (ebenso wie die Regierung) vor, die Erhöhung in Form eines Bonus zu bezahlen und nicht als Gehaltserhöhung. Für LandarbeiterInnen schlägt der CACIF einen Bonus von 60 Q vor, für alle andern 72 Q. Der Grund, weshalb sie nicht um die von Portillo geforderten 200 Q erhöhen könnten sei, dass in verschiedenen Unternehmen in den letzten sechs Monaten das Gehalt verbessert worden sei. Ausserdem schlägt der CACIF eine Kategorisierung vor, welche die Unternehmen in zahlungsfähige bzw. -unfähige einteilt.

Eher besorgt über die Gehaltserhöhung zeigen sich die Privatschulen. Auch sie müssten bei einer allfälligen Gehaltserhöhung ihren LehrerInnen mehr bezahlen. Nun ist aber die Einschreibgebühr für Privatschulen staatlich festgelegt, d.h. es ist den Schulen nicht möglich, den Gehaltsausgleich über höhere Zulassungsgebühren den Eltern der SchülerInnen aufzubürden. Die Privatschulen verlangen, dass sie, im Falle einer Gehaltserhöhung, die Ein-

schreibgebühren um 15% erhöhen dürfen.

Die *Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas* (UNSI-TRAGUA) ruft anlässlich ihres fünfzehnjährigen Jubiläums die ArbeiterInnen dazu auf, ihr Recht auf höhere Gehälter einzufordern. Die Regierung wird dazu aufgefordert, eine verantwortungsvolle und soziale Wirtschaftspolitik zu betreiben sowie Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Weiter kritisiert Vicente Bámaca von der UNSITRAGUA, dass der CACIF den Beschluss der Regierung nicht respektiert, sondern die Höhe der Gehaltsverbesserung verhandeln will. Schon der Christdemokrat Vinicio Cerezo habe zu Beginn seiner Regierungszeit eine Gehaltserhöhung von 50 Quetzales verkündet, doch der CACIF habe diesen Entschluss niedergeschmettert. Während der Regierung Jorge Serranos habe der CACIF die Einführung eines entsprechenden Gesetz abgelehnt. Und jetzt sehe es schon wieder so aus, dass der CACIF die von Präsident Portillo versprochene Gehaltserhöhung verhindern werde, kritisierte Bámaca.

## Guatemala und Österreich...

**Guatemala, 9. Februar.** Der Rechtsrutsch in der Österreichischen Regierung hat nicht nur die Länder und Bevölkerung Europas beunruhigt. Auch in den guatemalteckischen Medien war dieser Tage viel über den Populismus Haider zu lesen. Die Kolumnistin Dina Fernández ging in der *Prensa Libre* sogar soweit, Haider mit Alfonso Portillo zu vergleichen. Der Populismus sei die Karte, auf die sowohl Portillo wie auch Haider setzten und beide hätten damit gewonnen. Das persönliche Charisma, die Neigung, exaltierte Reden zu halten und die Fähigkeit, widersprüchliche Diskurse zu halten, zeichne den einen wie den andern aus, schrieb Fernández.

Im Gegensatz zu Costa Rica, das seine politischen Beziehungen zu Österreich abgebrochen hat, 'respektiert' Guatemala die Souveränität Österreichs. Auf das Neonazi-Gedankengut Haider angesprochen, meinte der guatemalteckische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Gabriel Orellana, es verstosse gegen das interamerikanische Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes zu mischen und er sehe nicht ein, weshalb Guatemala dieses Recht verletzen solle.

## Weltbank empfiehlt Strukturanpassung

**Guatemala, 9. Februar.** Eine Steuererhöhung, die Schliessung nicht zahlungsfähiger Finanzinstitute und die Abschaffung unrentabler Sozialfonds, sind die Empfehlungen der Weltbank in ihrem dritten Bericht über die Einhaltung der Friedensabkommen in Guatemala.

Diese Empfehlungen sind nichts anderes als Strukturanpassungsmassnahmen, wie sie auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in Januar empfohlen wurden. Laut Weltbank ist eines der Schlüsselprobleme in der Umsetzung der Friedensabkommen die nur langsam stattfindende Steuerreform. Auch im sozialen Bereich hat gemäss Weltbank 'zuwenig stattgefunden'. Sie schlägt vor, diverse Sozialfonds abzuschaffen bzw. zusammenzuschliessen.

Der Direktor der UNO-Mission für Guatemala MINUGUA, Jean Arnault, unterstützt die von der Weltbank vor-

geschlagenen Strukturanpassungen. Auch für ihn muss einer Steuerreform absolute Priorität eingeräumt werden.

Als eine Zeitbombe sieht Carlos Barreda vom Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien (IPES), die wirtschaftliche Situation des Landes, ausgelöst durch die 'Not-Darlehen', die von der Nationalbank den verschiedenen Banken gewährt werden, wenn diese in Liquiditätsprobleme kommen. Es ginge nicht an, dass die Nationalbank kein Geld habe, um die Regierung zu finanzieren, dafür aber den anderen Banken aushelfe, welche wiederum der Regierung Darlehen gäben, um öffentliche Bauten zu finanzieren, meinte Barreda.

Interessant bei allen diesen Stellungnahmen ist, dass sie sich nur auf die wirtschaftliche Situation beziehen, die Schliessung der Sozialfonds wird mit keinem Wort kritisiert.

## Strassenhändler bei Polizeieinsatz getötet

**Guatemala, 8. Februar.** In ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht über die Situation der Menschenrechte in Guatemala sprach MINUGUA von einem Rückgang polizeilichen Machtmissbrauchs dank Professionalisierung dieser Institution.

Das Resultat eines solchen Übergriffes war am 6. Februar ein toter Strassenhändler der 18. Strasse der Hauptstadt und als Konsequenz davon, sechs Polizisten und drei Soldaten vor Gericht.

Das ganze begann als Streit zwischen einem mobilen Kassettenhändler und einem Vertreter einer CD- und Kassettenimportfirma, der den Verkäufer beschuldigte, geschmuggelte Waren zu verkaufen. Der Importeur forderte eine Polizeipatrouille an, welche eine Be-

schlagnahme der Waren vornehmen sollte. Ohne ihre Vorgesetzten zu konsultieren, griffen die Polizisten sowie drei Soldaten ein, es kam zu einem Handgemenge und ein Polizist schoss.

Andere StrassenhändlerInnen der 18. Strasse forderten die Behörden auf, eine Untersuchung einzuleiten und beklagten sich, öfter solchen polizeilichen Übergriffen ausgeliefert zu sein.

Das Problem der mobilen VerkäuferInnen ist ein altes und ungelöstes. Da die Markthallen zu klein sind, sehen sich viele HändlerInnen gezwungen, ihre Ware auf den Strassen vor und um die Hallen zu verkaufen. Dies bedeutet aber, dass sie keinen gesicherten Verkaufsort haben. Ausserdem werden sie immer wieder bei Polizeiaktionen geräumt.

Portillo versprach bei einem Kürzestbesuch auf der 18. Strasse, wo eine Todesfeier zu Ehren des getöteten Strassenhändlers stattfand, eine Untersuchung einzuleiten und einen neuen Markt zu bauen.

Die *Zentrale der ArbeiterInnen ruraler und urbaner Gebiete (CTCC)* sieht im Verhalten der Polizei ein Beispiel der repressiven Politik der neuen Regierung. Die *Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC)* gibt der kurzen Ausbildungszeit von Polizisten die Schuld für solche Übergriffe. Sie fordert eine rigorose 'Säuberung' der Polizei, in der es zu viele 'Elemente mit zweifelhafter Vergangenheit' gebe, deren Mentalität nicht von heute auf morgen zu ändern sei.

## Transportprobleme in der Hauptstadt

**Guatemala, 10. Februar.** Zwischen 70 und 150 Millionen Quetzales (10-20 Millionen US-\$) Subventionen wären laut dem Bürgermeister der Hauptstadt, Fritz García-Gallont nötig, um das Problem des öffentlichen Verkehrs in den Griff zu bekommen und um zu verhindern, dass die Fahrpreise angehoben werden müssten.

Für den Fall, dass es keine staatlichen Subventionen gibt, kündigten die Besitzer der Transportunternehmen eine Erhöhung der Fahrpreise auf 1.40 Q bzw. 1.80 Q an. Dies würde einer Fahrpreiserhöhung von rund 70% entsprechen. Der Benzinpreis sei im Moment so hoch, dass sie zu den heutigen Preisen nicht mehr fahren könnten, erklärte Luis Gómez, Sekretär der Busunternehmervereinigung (AETU).

Die AETU setzte dem Bürgermeister ein Ultimatum bis zum 15. Februar, um mit ihnen zusammen eine Lösung des Problems anzustreben. Seitens der Unternehmer gibt es verschiedene Vorschläge: Umwandlung der Schuld für bei der Gemeinde gekaufte Busse von Dollar in Quetzales, niedrigere Zinsen, Erlass der Mehrwertsteuer sowie der Verkauf von billigerem Benzin durch die Gemeinde. Ausserdem empfiehlt Gómez die Abgabe von 23 Gallonen Benzin (rund 100 Liter) pro Tag und pro Bus durch die Gemeinde, wie das in San Salvador bereits gemacht wird.

Die Gewerkschaftszentrale (CGTG) bittet den Staat im Namen der ca. 4000 in der Hauptstadt arbeitenden Chauffeure, sofort etwas zur Lösung des Transportproblems zu unternehmen. Die CGTG spricht sich gegen eine Preiser-

höhung aus. Sie würden jetzt schon von den Busbesitzenden unter Druck gesetzt, mehr Einnahmen abzugeben.

Die Vergabe von Subventionen muss vom Kongress verabschiedet werden. Die meisten Abgeordneten sprechen sich jedoch gegen eine erneute Subvention des öffentlichen Verkehrs aus. Mario Rivera (Republikanische Front FRG) argumentiert, dass Subventionen immer von der ganzen Bevölkerung mitgetragen würden, auch von den Leuten, die auf dem Land wohnen und gar keinen Zugang zu Bussen haben. Auch die Partei des nationalen Fortschritts (PAN) ist gegen eine Subventionierung. Es gehe nicht, dass jedesmal, wenn die Benzinpreise steigen, der Staat einspringe. Als Möglichkeit sieht Angel Mario Salazar (PAN) etwas in Richtung Steuer- oder Einfuhrzollerlass.

Die Idee von El Salvador wurde vom Abgeordneten der PAN, Leonel López Rodas, in einer dem Kongress vorgelegten Initiative aufgenommen. Rodas schlägt vor, dass der Staat jedes Jahr vom 1. Januar bis zum 31. März für jeden Bus 23 Gallonen Benzin täglich abgibt. Dies würde eine Subventionierung von zwischen 15 und 40 Millionen US-\$ ergeben. Das Geld soll laut Rodas aus dem sich auflösenden Präsidialen Generalstab (EMP) umverteilt werden.

Es gibt aber auch kritische Stimmen, die weder für eine Subventionierung noch für höhere Fahrpreise sprechen, sondern eine bessere Kontrolle des Fahrkartenverkaufs fordern. Die Tageszeitung *El Periódico* weist auf eine Umfrage hin, die vor ein paar Jahren unter den BusbenutzerInnen gemacht wurde.

Dabei sei herausgekommen, dass 40-50% der Fahrkarten schwarz verkauft werden, das heisst, dass kein Ticket abgegeben wird und dementsprechend auch keine Steuern dafür bezahlt werden. Könnte dies verhindert werden, ist laut *El Periódico* weder eine Subventionierung noch die Erhöhung der Fahrpreise notwendig.

Vorgeschlagen wird die Herstellung von nicht fälschbaren Fahrkarten, die an speziellen Verkaufsstellen erhältlich sind. Im Kauf eines solchen Tickets ist für den oder die BusbenutzerIn eine Unfallversicherung inbegriffen. Ausserdem gibt es Mengenrabatt beim Kauf von mehreren Fahrkarten. Es ist jedoch auch weiterhin möglich, bar beim Einsteigen in den Bus zu bezahlen, dabei entfällt jedoch die Versicherung. Soweit *El Periódico*.

Auch die Kongressabgeordnete Flora de Ramos (FRG) verlangt eine striktere Kontrolle des Fahrkartenverkaufs. Ausserdem sei der öffentliche Verkehr schon vor drei Jahren subventioniert worden. Damals seien 40 Millionen Quetzales genehmigt worden, für einen Zeitraum von fünf Jahren. Das Geld sei jedoch an die Transportunternehmer überwiesen worden und es sei nie Rechenschaft darüber abgelegt worden. Ausserdem sei ein Fonds angelegt worden von 60 Millionen Quetzales für den Kauf von 817 Autobussen. Es sei nichts über den Stand der Amortisation dieses Fonds bekannt. Oft würden die Unternehmer die Autobusse in katastrophalem Zustand zurückgeben, ohne dass sie ihre Schuld abbezahlt hätten, meinte Ramos.